Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

270 (13.6.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentl. zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 80 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf. Vorausbezahlung.

Badische Landeszeitung

mit Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf. für auswärtige, Inserate 20 Pf. im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Parlaments-Ausgabe. **Karlsruhe, den 13. Juni 1900.**

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

209. Sitzung vom 12. Juni.

Das Haus ist gut besetzt.

11 Uhr. Am Bundesrathstisch bei Beginn der Sitzung nur Kommissare.

Zunächst wählt das Haus, anstatt des ausgeschiedenen Abg. Gamp, den Abg. Dr. Arendt zum Mitglied der Reichsschuldenkommission.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend Aenderungen des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Unterstaatssekretär Frhr. **v. Richthofen:** Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit des Gegenstandes haben wir Ihnen die Vorlage noch in 12. Stunde vorgelegt. Großen materiellen Bedenken wird sie wohl kaum begegnen und so hoffen wir, daß der Entwurf noch zur Verabschiedung gelangen wird. Er bezweckt nichts weiter, als die Ausdehnung der Konsulargerichtsbarkeit auf die Schutzgebiete.

Abg. **Schrader** (fr. Vg.) hat einige Bedenken gegen die Vorlage, bittet jedoch, sie ohne Kommissionsberathung zu verabschieden.

Abg. **Kirsch** (Ctr.) bittet ebenfalls, von einer Kommissionsberathung abzusehen, damit das Gesetz noch zu Stande komme.

Hiermit schließt die erste Lesung.

In der sofort folgenden zweiten Lesung beantragt als § 10a Abg. **Groeber** (Centr.) folgende Vorschrift: „Den Angehörigen der im deutschen Reiche anerkannten Religionsgemeinschaften werden in den Schutzgebieten Gewissensfreiheit und religiöse Duldung gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung dieser Kulte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Errichtung von Missionen der bezeichneten Religionsgemeinschaften unterliegen keinerlei gesetzlicher Beschränkung noch Hinderung."

Graf **Bernstorff** (Rp.) stimmt dem Antrage zu, obgleich seiner Ansicht nach ein Bedürfniß dazu nicht vorliege.

Der von dem Abg. Gröber beantragte § 11a wird angenommen; im Uebrigen wird die Vorlage ohne Debatte mit einem redaktionellen Antrage Beckh-Heidelberg (nl.) angenommen.

Zur Geschäftsordnung schlägt

Abg. **Beckh**-Heidelberg (nl.) vor, sofort die 3. Lesung vorzunehmen.

Präs. Graf **Ballestrem:** Bei der Geschäftslage des Hauses will ich dem Antrage nicht widersprechen, obgleich ich als Hüter der Geschäftsordnung das Bedenkliche solcher eigentlich gegen die Geschäftsordnung verstoßenden Anträge nicht verkenne. Ich werde aber meine Frage, ob niemand widerspricht, nicht nur an das Haus, sondern auch an die Vertreter der verbündeten Regierungen richten, denn diese haben auch ein Recht darauf, daß wir uns an die Tagesordnung halten. — Es widerspricht niemand; ich werde also die 3. Lesung vornehmen lassen, sobald die Beschlüsse 2. Lesung gedruckt vorliegen.

Es folgt die 3. Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche. Durch diese Vorlage wird nach den Beschlüssen 2. Lesung dem Bundesrath die Befugniß gegeben, das jetzt bestehende Provisorium bis zum 1. Juli 1901 zu verlängern.

Ein früher gestellter Antrag, die Verlängerung bis zum 1. Juli 1903 zu gestatten, wird zurückgezogen. Die Vorlage wird ohne Debatte nach den Beschlüssen 2. Lesung definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Reichsseuchengesetzes.

In der Generaldebatte bemerkt

Abg. **Böckel** (Antis.). Das Gesetz giebt der Polizei ungeheure Befugnisse. Ich bezweifle sehr, daß alle diese Maßnahmen eine Besserung der Verhältnisse herbeiführen werden. Viel nöthiger als dieses Gesetz wäre ein Gesetz zum Schutz der Menschen gegen die Experimente der Herren Aerzte, denen schon Mancher zum Opfer gefallen ist. Man denke nur an den Fall Neißer. So lange die ärztliche Wissenschaft die Vivisektion für erlaubt hält, so lange habe ich gegen ihre Vertreter auch den Verdacht, daß sie aus „wissenschaftlichen" Interessen zu Menschenquälereien bereit sind. Ich werde gegen das Gesetz stimmen.

Abg. Dr. **Endemann** (nl.): In der zweiten Lesung ist ein sozialdemokratischer Antrag, der den behandelnden dem beamteten Arzt gleichstellt, angenommen worden. Ich halte diese Aenderung für eine Verschlechterung des Gesetzes; wir müssen alles vermeiden, was einen gewissen Gegensatz zwischen den verschiedenen Aerzten ermöglichen könnte. Ich habe nun bereits einen Antrag auf Beseitigung der gestern beschlossenen Aenderung eingebracht, ziehe diesen Antrag aber hiermit, mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses und weil die Frage doch nicht von besonderer praktischer Bedeutung ist, zurück.

Abg. **Zubeil** (Soz.) bekämpft die Vorlage, weil sie zu große Erweiterungen der Polizeibefugnisse enthalte.

Abg. **Rembold** (Ctr.) ersucht um Auskunft darüber, ob die freie Auswahl des Pflegepersonals in den Krankenhäusern in jeder Weise gewährleistet wird.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** giebt eine zusagende Erklärung ab.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.) erklärt, daß seine Partei trotz mancher Bedenken doch für das Gesetz stimmen werde.

Abg. **Wurm** (Soz.) bemerkt, daß seine Fraktion nicht geschlossen für die Vorlage stimmen werde. Ein Theil sei dafür, ein Theil dagegen. Es handle sich ja nicht um politische, sondern nur um Zweckmäßigkeitsfragen.

Hiermit schließt die Generaldebatte.

In der Spezialberathung wird das Gesetz nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert genehmigt und sodann in der Gesammtabstimmung definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Gesetzentwurfs betr. Abänderung des Reichsstempelgesetzes.

Eine Generaldiskussion findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion bemerkt zum Stempeltarif Nr. 1c

Abg. **Hilbck** (nl.): Wir haben in der zweiten Lesung trotz mancher Bedenken, die von verschiedenen Seiten erhoben wurden, auch die Kuxscheine dem Stempel unterworfen. Stempelfrei bleiben sollten nur die Einzahlungen, die zur Deckung von Fehlbeträgen geleistet werden. Ich bitte nun jetzt im Namen meiner Partei das Haus, einen auch vom Centrum unterstützten Antrag anzunehmen, wonach auch die Einzahlungen frei bleiben sollen, „die zur Erhaltung des Betriebes in seinem bisherigen Umfange verwendet werden". Ferner beantrage ich, den Emissionsstempel auf Kuxscheine von 2 Prozent auf 1 Prozent zu ermäßigen. Nachdem wir dies Zugeständniß gemacht haben, hoffen wir, daß die Linke nun von weitergehenden Anträgen absehen wird.

Abg. Graf **Oriola** (nl.) schließt sich dem Vorredner an. Der Antrag bedeutet eine ganz wesentliche Verbesserung.

Abg. **Müller-Fulda** (Ctr.) empfiehlt ebenfalls den Antrag.

Abg. Dr. **Müller**-Sagan (fr. Vp.): Wir halten den Antrag gegenüber den Beschlüssen 2. Lesung für das kleinere Uebel und werden ebenfalls dafür stimmen.

Der Antrag Hilbck (nl.) und mit ihm Nr. 1c des Tarifs wird angenommen.

Der Rest des Tarifs und des Stempelgesetzes wird ohne Debatte unverändert angenommen.

Die Gesammtabstimmung ist auf Antrag Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) eine namentliche.

Das Stempelgesetz wird mit 208 gegen 87 Stimmen definitiv angenommen. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei, die freisinnige Vereinigung und die Polen.

Während der Abstimmung sind der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe sowie die Staatssekretäre Tirpitz und Frhr. v. Thielmann erschienen.

Nunmehr tritt das Haus in die 3. Lesung des Entwurfs betr. Abänderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der deutschen Schutzgebiete.

Auf Antrag Beckh-Heidelberg (nl.) wird das Gesetz en bloc definitiv angenommen.

Es folgt die dritte Lesung des Entwurfs betr. Abänderung des Zolltarifs.

Derselbe wird ohne Debatte unverändert definitiv angenommen. — Dagegen stimmen dieselben Parteien wie gegen das Stempelgesetz.

Nunmehr wird die dritte Lesung der Novelle zum Flottengesetz vorgenommen.

In der Generaldiskussion bemerkt

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Der Abg. Bebel hat in der zweiten Lesung behauptet, ich hätte der Kommission gegenüber zugegeben, daß bei mir beim Verkauf von Panzerplatten die Hälfte der Kaufsumme als Reingewinn erzielt würde. Das ist unrichtig. Eine derartige Berechnung habe ich gar nicht gemacht, und konnte sie nicht machen, weil dabei eine große Zahl von Faktoren mitspielen, die sich gar nicht vorher berücksichtigen lassen. Ich habe lediglich an den Vorsitzenden der Budgetkommission ein Schreiben gerichtet, um die lächerliche Behauptung des „Vorwärts" ad absurdum zu führen, als ob die Werke Krupp und Stumm durch die jetzige Flottenvorlage 173 Millionen als Gewinn einheimsten. Ich habe dargelegt, daß in Folge der neuen Vorlage für Panzerplatten insgesammt 113 Millionen ausgegeben würden, daß also für beide Werke — selbst wenn man zugeben wollte, daß wir 50 Proz. Reingewinn hätten, was als Maximum behauptet worden war — nur 56½ Millionen Gewinn herauskommen, demnach für jedes Werk 1¾ Millionen pro Jahr. — Nun hat Herr Bebel weiter gesagt, meine Ziffern seien unrichtig, denn in der Kommission sei konstantirt worden, daß ich für 262, nicht für 113 Millionen Panzerplatten verkauft hätte. Diese Konstatirung betrifft zunächst einen ganz anderen Gegenstand, denn sie enthält die Aufwendungen für alle früher bewilligten Schiffe. Ich halte sie ferner selbst unter Berücksichtigung dieses Umstandes für unrichtig, weil sie offenbar auch die Ausgaben für Schiffsplatten- und -Bleche mitgerechnet hat, die mit den Panzerplatten nichts zu thun haben und bei denen von keinerlei Monopolisirung die Rede sein kann.

Ich will Sie mit detaillirten Berechnungen nicht behelligen. Sie haben keinerlei Zweck. Sie mögen rechnen, wie Sie wollen: Die Thatsachen können Sie nicht aus der Welt schaffen, daß keine Flotte der Welt so billige Panzerplatten bezieht als die deutsche, und daß es ferner erheblicher Anregungen seitens der Marineverwaltung bedurft hat, um uns zu bewegen, eine so schwierige, kostspielige und riskante Fabrikation wie die der Panzerplatten einzuführen.

Abg. Dr. **Oertel** (k.): Man hat gemeint, daß meine Freunde, die sogenannten Agrarier, nur deshalb für die Flotte eingetreten seien, weil uns Gegenleistungen geboten worden seien. Das ist falsch. Fast alle meine Freunde waren von Anfang an entschlossen, für die Vorlage zu stimmen. Wir beweisen heute, daß das Wort, das uns zugeschrieben wurde: „Kein Fleischschaugesetz im agrarischen Sinne — keine Flotte" eine innerliche Unwahrheit ist. Wir haben aus nationalen Gründen für die Flotte gestimmt. Eine Hurrahstimmung haben wir allerdings nicht gehabt. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Landwirthschaft mittelbar die größten Lasten in Folge der Vorlage zu tragen hat. Die Leutenoth wird größer werden und die Exportindustrie wird weiter zunehmen und die Umwandlung Deutschlands in einen Industriestaat weiter fortschreiten. Aber da die Flottenvorlage im Interesse der Weltmachtstellung Deutschlands nöthig ist, stimmen wir ihr zu. Das Opfer ist uns nicht leicht geworden. Zwar hat man uns versprochen, daß bei den neuen Handelsverträgen die Landwirthschaft berücksichtigt werden soll. Aber wir haben in der letzten Zeit erfahren, daß derartige Regierungserklärungen mutatis mutandis aufzufassen sind. In Folge dessen hat diese Erklärung sei uns wenig Werth, jedenfalls war sie für unsere Stellung nicht bestimmend. Erleichtert wurde uns unsere Zustimmung durch die Regelung der Deckungsfrage. Maßgebend aber waren für uns nationale Rücksichten. Wir wollen Frieden halten um jeden Preis, nur nicht um den der nationalen Ehre und unserer internationalen Weltstellung. Dazu müssen die Regierungen einen festen Rückhalt haben und diesen wollen wir ihnen schaffen. Wahrscheinlich werden die nächsten Kriege Seekriege sein, darum müssen wir eine Flotte haben. Wir wünschen, daß mit den Staaten, für die wir keinerlei Sympathie haben können — deutlicher brauche ich nicht zu werden —, korrekte Beziehungen aufrecht erhalten werden, aber nichts mehr; auch wegen dieser Staaten müssen wir mit einer starken Flotte gerüstet sein. Wir müssen Weltpolitik treiben (Lachen links); aber damit diese nicht wurzellos ist, müssen wir als Grundlage eine gesunde Heimathpolitik haben. Diese muß in den nächsten Jahren getrieben werden; hoffentlich wird sich dabei hier eine ebenso große und feste Mehrheit finden, wie erfreulicherweise heute. Unsere Zukunft liegt gewiß zum Theil auf dem Wasser, aber die Hauptkraft des deutschen Volkes wird immer im Lande wurzeln. (Lebhafter Beifall bei den Konservativen.)

Abg. **Liebknecht** (Soz.): Der Abg. Frhr. von Stumm wird nicht leugnen, daß er Vortheile von dieser Flottenvorlage hat, die Lasten aber trägt die arbeitende Bevölkerung. (Widerspruch und Lachen rechts.) Die Flottenbegeisterung ist nicht von unten herauf gekommen, sondern von oben gemacht; auch der Reichstag hat dieser Vorlage zu Anfang sehr nüchtern gegenübergestanden. (Lachen.) Ein elender Wortbruch war es, der uns diese neue Vorlage brachte. (Rufe rechts: Unerhört! — Elender Wortbruch! — Zur Ordnung!) Diese Denunziation ist würdig Ihrer Flottenbegeisterung. England ist Seemacht, aber es hat keine stehende Armee; wie können wir uns unterfangen, neben dem größten Heer zugleich eine sehr große Flotte haben zu wollen? (Lachen.) Wenn den Engländern die Regierung zu viel zumuthet, dann beweisen sie, daß sie ein freies Volk sind, und halten mit der Regierung Abrechnung. (Lachen.) Wozu brauchen wir eine große Flotte? Ich habe noch nie einen Engländer getroffen, der nationale Abneigung gegen Deutschland gezeigt hätte. Die Engländer wundern sich nur über die mittelalterlichen Zustände bei uns, sie wundern sich, daß bei uns ein persönliches Regiment besteht, das fast noch schlimmer ist als in Rußland. (Gelächter.) In dem vorletzten Kriege der Engländer gegen die Boeren, da hat es sich gezeigt, daß das deutsche Volk dem Kaiser zustimmte wegen seines Telegramms an Paul Krüger, aber der Telegrammschreiber von damals hat sich gewandelt. (Unruhe rechts.) Das deutsche Volk, das fast einstimmig seine Sympathien für die Boeren kund gethan hat, wird jetzt durch offizielle Telegramme vertreten, die genau das Gegentheil von dem sagen, was das deutsche Volk will. Das sind Zustände, die uns keine Achtung verschaffen können. (Sehr richtig! bei den Soz.) Und dennoch wird deutsche Volk geachtet im Auslande. Weshalb? Weil es seine Kraft gezeigt hat in der Industrie, weil die Erzeugnisse der deutschen Arbeit zu den besten der Welt gehören, weil Deutschland das einzige Land der Welt ist, das der englischen Industrie Konkurrenz macht. (Beifall bei den Soz.) Graf Posadowsky hat neulich gesagt: Greifen Sie den Kaiser nicht an, ich bin der Kugelfang. Der Kugelfang sollte aber seine Wirksamkeit nach zwei Seiten hin beweisen, er sollte auch bewirken, daß gewisse Kundgebungen in den Papierkorb fallen. (Beifall bei den Soz., Unruhe rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich muß den Herrn Redner unterbrechen. Er hat nicht das Recht, sich hier mit der allerhöchsten Person zu beschäftigen; ich habe das nur insoweit für zulässig erklärt, als es sich um Kundgebungen handelt, die gehörig publizirt sind. Was der Herr Redner hier vorträgt, sind aber alles Sachen, die solche Kundgebungen nicht betreffen; ich bitte ihn daher, die allerhöchste Person nicht weiter in den Bereich seiner Ausführungen zu stellen.

Abg. **Liebknecht** (fortfahrend): Für die wichtigsten Kulturaufgaben ist kein Geld vorhanden, hier aber werden Tausende von Millionen ins Wasser geworfen. Und wie nöthig thut es uns, daß für Unterricht, für Aufklärung mehr bei uns geschieht! Das beweist die ganze Art der jetzigen Konitzerei, die Ritualmordidee, die Hetze gegen die Juden, wie sie von der „Kreuzzeitung" und anderen Blättern Ihrer Richtung geübt wird. Pfui der Schande, daß derartige Dinge möglich sind am Anfange des zwanzigsten Jahrhunderts! (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Ich hoffe, die Strafe wird diejenigen treffen, die jetzt mit dieser Flottenvorlage einen Raubzug gegen das deutsche Volk unternehmen. (Lebhafter Beifall bei den Soz., Lärm rechts.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Wegen des Ausdrucks „Raubzug gegen das deutsche Volk" in Bezug auf eine Vorlage der verbündeten Regierungen rufe ich den Herrn Redner zu Ordnung.

Abg. **Liebknecht** (fortfahrend.) Und es ist doch ein Raubzug!

Präsident Graf **Ballestrem:** In diesem Augenblick rufe ich den Redner zum zweiten Male zur Ordnung. (Abg. Liebknecht verläßt die Tribüne.) — Beim Beginn der Rede des Abg. Liebknecht war ich dienstlich beschäftigt, ich konnte daher seinen Ausführungen nicht genau folgen. Es wurde mir aber mitgetheilt, daß er unangemessene Ausdrücke gebraucht hat. Ich ließ mir das Stenogramm kommen, und finde darin, daß er in unverkennbarer Beziehung auf Mitglieder des Bundesraths von einem „elenden Wortbruch" gesprochen hat. Deswegen rufe ich ihn nochmals zur Ordnung. (Beifall.)

Abg. **Müller**-Fulda (Ctr.) rechtfertigt des Weiteren die vom Abg. Freiherrn von Stumm bezweifelten Berechnungen der Budgetkommission bezüglich der Fabrikationskosten der Schiffspanzerplatten.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Herr Müller-Fulda hat meinen Freund von Stumm ganz falsch verstanden. Die Worte desselben richteten sich gar nicht gegen die Kommission, sondern gegen unrichtige Behauptungen des Abg. Bebel. Unsere Schiffspanzerfabriken liefern ein besseres Material, als alle anderen der Welt. Wenn die Gewinne so groß wären, wie die Sozialdemokraten behaupten, dann würden sich zu den bestehenden Fabriken gewiß schon längst Konkurrenzfabriken gesellt haben. Das ist aber nicht geschehen, trotzdem von der Marineverwaltung bereits darauf gedrängt ist, eine solche Konkurrenz zu schaffen. Die Leute scheuen sich eben vor dem Risiko, das mit den kolossalen Kapitalien, die solche Werke erfordern, verbunden ist. Die bestehenden Werke sind jedenfalls nicht nur bezüglich ihrer Leistungen, sondern auch wegen ihrer Fürsorge für die Arbeiter als Musteranstalten zu bezeichnen. (Lachen bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Graf **von Posadowsky:** Der Abg. Müller-Fulda hat einige Worte gesprochen zur Begründung der Resolution, die von der Budgetkommission wegen Abhilfe der landwirthschaftlichen Leutenoth gefaßt worden ist. Staatsrechtlich möchte ich dazu bemerken, daß allerdings der Art. 4 der Reichsverfassung dem Reiche die Gesetzgebung über die Fremdenpolizei zuweist, daß aber die Ausführung der Fremdenpolizei unzweifelhaft ein Recht der einzelstaatlichen Verwaltung ist. Ich kann es mir aber sehr wohl denken, daß, wenn eine einzelstaatliche Verwaltung dieses Recht in einem Umfange, in einer Art ausübt, die bedenklich wäre für die Sicherheit des Reichs, daß dann die Regierungen in ihrer Gesammtheit und insbesondere der Reichskanzler das Recht und die Pflicht haben, in die Ausübung dieses Rechts einzugreifen. Anders liegt die Frage, ob der Reichskanzler oder die Regierungen das Recht haben, eine Einwirkung auf einen Einzelstaat dahin auszuüben, daß Ausländer unter bestimmten Bedingungen hereingelassen werden. Ich möchte nicht glauben, daß den verbündeten Regierungen und dem Reichskanzler ein solches verfassungsmäßiges Recht zusteht. Aber wenn ich in meiner Eigenschaft als preußischer Minister spreche, so kann ich versichern, daß das preußische Staatsministerium die außerordentliche landwirthschaftliche Leutenoth in den östlichen Provinzen vollkommen anerkennt und die Auffassung weiter Kreise theilt, daß jetzt vielleicht die Noth der Landwirthschaft noch mehr in den knappen Leuteverhältnissen liegt, als in den niedrigen Preisen der landwirthschaftlichen Erzeugnisse (Sehr richtig! rechts), und ich kann ferner sagen, daß die preußische Regierung eifrig bestrebt ist, in der Hereinlassung fremder Arbeiter so weit zu gehen, wie es sich irgendwie mit den politischen und anderen Interessen des deutschen Reiches und Preußens verträgt. Es werden, glaube ich, Alle anerkennen, daß bei dieser Frage sehr schwerwiegende politische Gesichtspunkte mitspielen und daß wir ganz absolut frei für die Einwanderung fremder Arbeiter die Grenzen unter keinen Umständen geben dürfen. Wir haben uns aber in Preußen erst kürzlich darüber schlüssig gemacht, weitere Erleichterungen in der Zulassung eintreten zu lassen. Man wird es auch vermeiden, wenn uns nicht dringende Gründe im einzelnen Falle dazu zwingen, Ausweisungen auswärtiger Arbeiter vorzunehmen. Die Vertreter der Landwirthschaft können also sicher sein, daß in Preußen der Sache fortgesetzt ernste Aufmerksamkeit zugewandt wird.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.): Wir sind erfreut, daß wir das Ziel erreicht haben, nämlich die Aussicht, daß die Flottenvorlage Gesetz wird. Es ist eine ganz außerordentlich große Mehrheit für die Flotte gewonnen worden dadurch, daß man von allen Seiten sich bemüht hat, Meinungsverschiedenheiten über Einzelheiten zurückzudrängen und sich zu verständigen in der Erkenntniß, daß die Schaffung dieser Flotte in der That eine Nothwendigkeit ist für die

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

weitere Entwickelung des deutschen Volkes. (Lachen bei den Soz.) Ich bestreite es, daß diese oder jene Klasse unter den Opfern für diese Vorlage besonders zu leiden habe, ich behaupte vielmehr, daß gerade die deutschen Arbeiter bei diesem Gesetz ganz außerordentlich interessirt sind (sehr richtig!), weil ein großer Theil der Ausgaben für die Flotte in die Taschen der Arbeiter fließen wird in Gestalt von Löhnen. Die Arbeiter haben auch das größte Interesse daran, daß unser Ausfuhrhandel nicht stille steht, sondern sich entwickelt, ebenso hat aber auch die Landwirthschaft ein lebhaftes Interesse an dem Blühen unserer Industrie, denn ein Rückgang derselben würde auf die Landwirthschaft eine sehr ungünstige Einwirkung haben. Der Abg. Liebknecht hat es so dargestellt, die Schaffung der Flotte richte sich nur gegen England. Das ist ein Irrthum, so groß, ja beinahe noch größer, als alle übrigen Irrthümer seiner Rede. Wir wollen die Flotte nicht schaffen zu Liebe und nicht zum Leide von England, sondern lediglich zu Liebe der Interessen des deutschen Volkes. Darin liegt ein Ausdruck der Entschlossenheit, Alles zu thun, was nothwendig ist, um die Machtstellung des deutschen Volkes aufrecht zu erhalten, um für den deutschen Unternehmungsgeist und die deutsche Arbeit den nöthigen Ellenbogenraum zu schaffen. Wenn Sie sagen, daß man Deutschland fürchte wegen seiner Konkurrenz, dann müssen Sie doch auch zugeben, daß die deutschen Interessen mehr gesichert sind, wenn der Deutsche in der Lage ist, mit den Waffen in der Hand Angriffe abzuschlagen, als wenn er im Falle eines Angriffs stille halten muß. Daß die Begeisterung für die Flotte nicht von oben gemacht ist, diese Behauptung widerlegen schon die Ausführungen Ihrer eigenen sozialistischen Presse. Auch in der deutschen Arbeiterschaft hat die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der Flotte in weitem Umfange platzgegriffen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ihr Gemurmel wird die Thatsache nicht aus der Welt schaffen. Ich möchte meiner Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß wir so weit gekommen sind, daß es gelungen ist, so weite durch politische Meinungen getrennte Kreise des Volkes zu einem Votum für die Vorlage zu gewinnen. Dieses Votum zeigt, daß hier die Erkenntniß vorhanden ist, daß Deutschland nicht allein mit der kontinentalen europäischen Politik sich begnügen kann, sondern daß es sich wegen der ganzen Entwickelung seines Exports, seines Handels, seiner wirthschaftlichen Thätigkeit nicht ausschließen lassen darf vom Verkehr mit anderen überseeischen Ländern, daß, weil unsere Interessen in der ganzen Welt verhanden sind, wir in gewissem Sinne Weltpolitik treiben müssen, um unsere Interessen in der ganzen Welt vertreten zu können. Deshalb erkläre ich: Es ist in der That ein hoch bedeutsamer Entschluß, zu dem sich der Reichstag verstanden hat, und ich begrüße es mit Freuden, daß es gelungen ist, eine so große Mehrheit für eine so heilsame Sache zu finden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Szmula** (Ctr.): Einige meiner Freunde können der Vorlage nicht zustimmen. Auch ich bin durch die Erklärung des Staatssekretärs absolut nicht befriedigt. Ich habe auch den Muth, hier das zu sagen, was ich sagen muß. Ich will gewiß nicht die nationalen Interessen verletzen. Ich verlange gar nicht, daß man Umstürzler u. s. w. in Preußen hereinläßt. Aber wenn ruhige einfache Arbeiter über die Grenze wollen, so sehe ich nicht ein, welche nationale Interessen hier in Frage stehen sollen. Die preußische Regierung hat sich ja nach langem Bitten zu einigen Konzessionen bewegen lassen; sie muß aber noch weiter gehen, damit der Gesindenoth endlich in etwas gesteuert wird. Früher hat man den Wohlstand mancher Gegenden durch Kolonisation begründet; da hat man nicht gefragt, ob Polen oder Preußen angesiedelt wurden. Dadurch ist Preußen in nationaler Hinsicht nicht zurückgegangen. Ich bedaure, nach den Worten des Staatssekretärs für die Flotte nicht stimmen zu können.

Abg. **Bebel** (Soz.) vertheidigt seine früheren Ausführungen über die Panzerplatten und hält seine Behauptungen aufrecht. Nicht der „Vorwärts" war die Ursache des Briefs des Frhrn. v. Stumm, sondern die „Kölnische Volkszeitung". Der „Hannoversche Courier" schrieb damals, daß die Behauptungen über die Gewinne des Frhrn. v. Stumm an den Panzerplatten klar gestellt werden müßten, durch diese Behauptungen werde die Flottenvorlage unpopulär gemacht. Darauf hat Herr v. Stumm seinen Brief geschrieben. Daß der Gewinn des Herrn v. Stumm 50 Proz. beträgt, hat man in Folge des Briefs allgemein angenommen. Die Regierungen haben dieser Auffassung auch niemals widersprochen. Man hat heute wieder von den Vortheilen gesprochen, die die Arbeiter von der Vorlage haben sollen. Wir sind dieser Behauptung schon oft entgegen getreten. Nur ein sehr geringer Bruchtheil der Arbeiter wird durch den Bau der neuen Schiffe Beschäftigung finden. Der deutsche Arbeiter läßt sich durch solche Behauptung nicht beirren; er weiß, daß es mit Ihrer Arbeiterfreundlichkeit nicht weit her ist. Das beweist Ihre Handelspolitik; das hat noch kürzlich die Verhandlung über das Fleischschangesetz bewiesen.

Abg. Frh. **v. Stumm** (Rp.): Ich bleibe dabei, daß Herr Bebel etwas Anderes behauptet hat, als was im Kommissionsbericht steht. Den Kommissionsbericht habe ich nicht angegriffen.

Reichskanzler Fürst **zu Hohenlohe:** M. H.! Der Abgeordnete Liebknecht hat den verbündeten Regierungen schmählichen Wortbruch vorgeworfen. Nachdem der Abgeordnete deshalb vom Herrn Präsidenten zur Ordnung gerufen worden ist, kann ich mich darauf beschränken, diesen Angriff meinerseits auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Der Abgeordnete Liebknecht hat aber noch behauptet, bis zum Herbst vorigen Jahres habe keine Begeisterung für eine Flotte im deutschen Volk bestanden. Ich kann diese Behauptung nicht unbeantwortet hinausgehen lassen. Dieselbe ist auch in der Presse hier und da aufgetreten und beruht auf einer irrthümlichen Auffassung der geschichtlichen Entwickelung des vergangenen Jahrhunderts.

Wenn ich zurückdenke an die Zeit vor mehr als 50 Jahren und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das deutsche Volk durchzog, und wenn ich mich der Thatsache erinnere, daß damals die im deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich, mit Ausnahme der preußischen Regierung, der Flotte gegenüber ablehnend verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem deutschen Volke hervorgegangen ist. Die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts zeigt, daß der Ruf nach einer Flotte stets dann hervorgetreten ist, wenn sich das Streben nach einheitlicher Gestaltung Deutschlands geltend machte oder wenn diese ihrer Verwirklichung entgegen ging oder entgegen zu gehen schien.

Es gab ja eine Zeit, wo uns der Gedanke an eine deutsche Flotte fern lag. Es war die Zeit des Bundestags. Damals lebten wir still und harmlos. Wir hatten materiell befriedigende Zustände, wenig Schulden, verhältnißmäßig wenig Steuern, wir hatten keine Agrarier (Lachen rechts), wenn es auch den Grundbesitzern, besonders in den zwanziger Jahren, herzlich schlecht ging. Wir hatten keine Sozialdemokraten; vor Allem aber keine Sorgen der auswärtigen Politik, wenigstens in den Mittel- und Kleinstaaten. Diese begnügten sich damit, den Antagonismus zwischen Preußen und Oesterreich am Bundestage aufmerksam zu verfolgen und sich der einen oder der anderen dieser Großmächte je nach Bedürfniß und nach dem Gange der Verhältnisse anzuschließen. (Heiterkeit.) Im Ganzen war es eine Zeit kleinstädtischer Beschränktheit und Behaglichkeit.

Allein dem deutschen Volke genügte das nicht. Die Erinnerung an die einstige Bedeutung des deutschen Reichs und die Mißstimmung über die Zerrissenheit und Ohnmacht Deutschlands, die sich mehr und mehr verbreitete, ließen uns nicht zum ungestörten Genuß des materiellen Behagens kommen. Der Einheitsgedanke, den zunächst die studirende Jugend pflegte, ging in immer weitere Kreise über. Er bildete das Ferment der revolutionären Bewegung des Jahre 1848. Schon glaubten wir uns am Ziel, als jene Bewegung an der Ungunst der Verhältnisse scheiterte. Da ein mächtiges Reich nicht ohne Flotte gedacht werden kann, so mußte der Gedanke an die Flotte verschwinden, als das Reich verschwand. Erst zwanzig Jahre später ward das Reich, dank den Siegen der vereinten deutschen Heere unter der jubelnden Zustimmung des deutschen Volkes gegründet. Auch jetzt trat sofort die Forderung nach einer deutschen Flotte auf. Man war einig in der Ueberzeugung von der Nothwendigkeit derselben, die denn auch von da an in ihrer Entwickelung stetig fortgeschritten ist. Meinungsverschiedenheiten traten seitdem nur auf in Bezug auf die Größe der Flotte und die Höhe der zu verwendenden Mittel. Der Weg, den man einschlug, um die Mittel für Heer und Flotte zu beschaffen, führte zu der Reform unserer Zollgesetzgebung und dies hatte einen industriellen Aufschwung, eine Entwickelung unseres Handels zur Folge, die das Verlangen nach dem Schutze unseres Handels durch eine Flotte mit erneuter Kraft hervortreten ließ. Es handelt sich da nicht allein um den Schutz einzelner Schiffe oder um den Nachdruck, mit dem Forderungen in fremden Ländern zu unterstützen sind, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern. Das deutsche Reich darf nicht abhängig sein von dem guten Willen anderer mächtiger Nationen; es muß auf eignen Füßen stehen und auf Achtung zählen können. Daraus ergiebt sich die Nothwendigkeit einer starken Flotte. Die neueste Geschichte lehrt, wohin ein Land kommt, das eine ungenügende Flotte hat.

Zum Schlusse möchte ich diejenigen, denen die Opfer, die die Flotte verlangt, zu lästig erscheinen, nochmals daran erinnern, daß die idealen Einheitsbestrebungen, das Drängen nach einer Weltmachtstellung, die aus dem deutschen Volke hervorgegangen sind, uns auf die Bahn geführt haben, auf der wir uns befinden und auf der wir nicht umkehren können. Nach dem Gange, den die zweite Lesung der Gesetzesvorlage genommen hat, wird diese Auffassung ja auch von der großen Majorität dieses hohen Hauses getheilt, und ich zweifle nicht, daß der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Beschlüsse zum Wohle des Vaterlandes fassen wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Gräfe** (Antis.): Der Mittelstand kann Angesichts der Politik der jetzigen Regierung die Vorlage nicht in besonderer Hurrahstimmung annehmen. Der Mittelstand blickt mit Besorgniß der weiteren Entwicklung entgegen. (Im Saal herrscht großer Lärm.)

Präsident **Graf Ballestrem:** Ich bitte um etwas Ruhe. Wenn Sie keine Reden mehr hören wollen, so beschließen Sie den Schluß der Debatte.

Abg. **Gräfe** (fortfahrend): Der Mittelstand fürchtet, daß die Flotte nur dazu dienen wird, einen wirthschaftlichen Kirchhof zu schützen. Trotzdem bewilligen wir die Flotte, nicht der Regierung, aber dem Vaterlande, in der Hoffnung, daß bald der Held kommt, der uns hilft.

Abg. Dr. **Hasse** (nl.) polemisirt gegen den Abg. Szmula. Es ist sehr bedauerlich, daß wir in Folge der Leutenoth gezwungen worden sind, die Vorsichtsmaßregeln, die gegen die Einwanderung fremder Arbeiter bestanden, einzuschränken. Die nationalen Interessen dürfen jedenfalls in dieser Frage nicht vernachlässigt werden. Die schlechte Stimmung gegen England ist das Produkt einer langen geschichtlichen Entwicklung. Seit Cromwells Zeiten haben die Engländer stets die Entwicklung anderer Nationen mit Mißgunst verfolgt. Es ist falsch, daß die Flottenbegeisterung von oben her befohlen worden sei. Ich z. B. habe noch vor der Hamburger Rede die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Flotte betont. Die Bewilligung von 1898 haben meine engeren Freunde stets nur für eine Abschlagszahlung gehalten und halten auch die jetzige Bewilligung nur für eine Abschlagszahlung.

Abg. **Liebermann von Sonnenberg** (Antis.): Der Abg. Liebknecht hat vorgeschlagen, das Geld statt für die Flotte zur Aufklärung zu verwenden, um die Konitzer zu beruhigen. Gerade in den Kreisen der akademisch gebildeten Leute aus jener Gegend herrscht die Meinung, daß es sich hier um ein Verbrechen aus Aberglauben handelt. Es müßten also schon die höheren Schulen reformirt werden; ich fürchte allerdings, daß Herr Liebknecht dabei nichts lernen würde. (Heiterkeit.) Der Flottenvorlage stimmen wir einstimmig zu, nachdem die Deckungsfrage so glücklich gelöst ist. Besondere Begeisterung haben allerdings auch wir nicht. Wir hoffen aber auch, daß angesichts des Satzes „Blut ist dicker als Wasser" das deutsche Volk nicht weiterhin durch Glückwunschdepeschen wegen englischer Boerenpflege in Wallung gebracht wird.

Präs. **Graf Ballestrem** fordert den Redner auf, den Kaiser nicht in die Debatte zu ziehen.

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** schließt in der Hoffnung, daß der englische Nebel, der sich vor das Volk gelegt habe, bald einer frischen Brise weichen möge.

Abg. **Liebknecht** (Soz.) vertheidigt seine ersten Ausführungen und bleibt dabei, daß die Flottenbegeisterung künstlich gemacht sei.

Staatssekretär Graf **v. Bülow:** Der Abg. Liebermann von Sonnenberg hat seine Ausführungen mit einer Bemerkung geschlossen, die ich nicht unwidersprochen lassen kann. Die Politik S. M. des Kaisers und der kaiserlichen Regierung wird nur und ausschließlich durch nationale Gesichtspunkte bestimmt; für unsere Politik sind lediglich die realen deutschen Interessen maßgebend, und wir verfolgen lediglich nationale deutsche Ziele. Die Politik eines großen Landes kann weder durch Sympathien noch durch Antipathien bestimmt werden; für sie können derartige Erwägungen nicht Platz greifen, sondern sie kann nur geleitet werden vom Standpunkt der deutschen Gesammt-Interessen und der sorgsamen Abwägung der Frage: Wohin weist der reale deutsche Vortheil, und von welcher Seite droht Deutschland Nachtheil?

Von der andern Seite dieses hohen Hauses ist der Besorgniß Ausdruck gegeben, daß unsere Politik eine unruhige, abenteuerliche, agressive sein könnte. Diese Besorgniß ist ebenso unbegründet, und ich möchte bitten, in dieser Richtung auch nur einen Fall zu nennen, wo unsere Politik nicht besonnen und maßvoll gewesen wäre. Alle abenteuerlichen Pläne liegen uns vollkommen fern. So etwas widerspricht durchaus den Traditionen unserer Politik und dem Charakter des deutschen Volkes. Wir wollen aber, wie von verschiedenen Seiten mit Recht hervorgehoben worden ist, weder bei Seite geschoben werden, noch wollen wir unter die Räder kommen. Wir wollen Sicherheit dafür haben, daß wir uns auch weiter im Frieden, ungestört in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, entwickeln können. Darum bin ich überzeugt, daß die große Mehrheit dieses hohen Hauses durch ihr Votum für unsere Vorlage der Welt zeigen wird, daß, wo es sich um große vaterländische Gesichtspunkte, um nationale Macht fragen handelt, im deutschen Reichstag immer eine Mehrheit vorhanden ist. (Lebhafter Beifall.)

Hiermit schließt die Generaldiskussion.

Zu § 1, der die Flottenverstärkung enthält, wird das Wort nicht verlangt.

Die Abstimmung über § 1 ist eine namentliche.

§ 1 wird mit 199 gegen 107 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die freisinnige Volkspartei, die süddeutsche Volkspartei, die Polen, die Welfen, vom Centrum die 17 Abgeordneten Gerstenberger, Holzapfel, Hubrich, Kobl, Besemeier, Mayer-Landshut, Moritz, Dr. Bichler, Rauner, Strzoda, Werthmann, Aigner, Bachmeier, Brener, Baumann, Beck-Aichbach und Szmula, sowie von den Konservativen die Abgg. v. Bonin-Bahrenbusch und v. Treuenfels.

Die Abgg. Richter (fr. Vp.), Schmidt-Elberfeld (fr. Vp.) und Lenzmann (fr. Vp.) sind nicht anwesend.

Der Rest des Gesetzes wird ohne Debatte angenommen.

Die Gesammtabstimmung ist auf Antrag Bassermann (nl.) namentlich.

Das Ergebniß der Abstimmung ist die Annahme des Flottengesetzes mit 201 gegen 103 Stimmen. — Dagegen stimmte dieselbe Minorität wie bei § 1.

Damit ist die Flottenvorlage nebst den Deckungsgesetzen definitiv angenommen.

Das Ergebniß wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Es folgen Wahlprüfungen.

Gemäß dem Vorschlag der Kommission werden die Wahlen der Abgg. Haake (Rp.), Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode (k.), Graf von Carmer (k.), Placke (nl.) und Müller-Rudolstadt (nl.) für giltig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Boltz (nl.) werden Beweiserhebungen beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich darf annehmen, daß wir dem Ende unserer Tagung entgegengehen. Ich gestatte mir, Ihnen über die verflossene Session des Reichstages, welche eine der schwersten und längsten aller Sessionen des Reichstages gewesen und nur von einer Session übertroffen worden ist, die gebräuchliche Geschäftsübersicht mitzutheilen.

Der Präsident hebt in derselben u. A. hervor, daß die verflossene Session 410 Tage gedauert hat. Es haben während dieser Zeit 210 Plenar- und 492 Kommissionssitzungen stattgefunden. An Vorlagen sind 54 Gesetzentwürfe genehmigt worden und 8 Verträge resp. Uebereinkommen; 54 800 Petitionen sind an den Reichstag gerichtet worden.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. **v. Levetzow** (kons.): Ich glaube mit voller Sicherheit die Zustimmung des ganzen Hauses zu finden, wenn ich Sie bitte, unserem hochverehrten Herrn Präsidenten den herzlichsten Dank des Hauses darzubringen für die unparteiische, sachgemäße, energische und unermüdliche Leitung unserer Verhandlungen. (Lebhafter Beifall.) In dieser nicht leichten Session hat es ihm an Mühseligkeiten und Schwierigkeiten nicht gefehlt, aber mit der hervorragenden Begabung für sein Amt und mit seinem festen Willen hat er es verstanden, sie sämmtlich zu überwinden. Wir sind ihm dafür zu hohem Danke verpflichtet. — Sie haben sich von den Plätzen erhoben und dadurch gezeigt, daß Sie meinen Wunsch erfüllt haben. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Präs. **Graf Ballestrem:** Die überaus freundlichen Worte, welche der hochverehrte Herr Vorredner an mich gerichtet hat, und Ihre kundgegebene Zustimmung dazu sind mir äußerst werth. Wenn es einer Kompensation bedürfte zu den Mühseligkeiten, die das Amt des Präsidenten mit sich bringt, so hätte ich sie dadurch in hohem Grade erhalten. Gewiß, es gab schwierige Momente, sie werden aber überwunden, besonders dadurch, daß der Präsident im Hause Unterstützung findet und den guten Willen, die Schwierigkeiten zu überwinden. (Zustimmung.) Dieses Entgegenkommen habe ich stets gefunden, auch in den schwierigsten Momenten, und zwar auf allen Seiten des Hauses (Lebhafter Beifall) und deshalb kann ich nur wiederholt meinen tief gefühlten Dank aussprechen dafür, daß Sie mich so freundlich durch den verehrten Herrn Vorredner haben begrüßen lassen. (Lebhafter Beifall.)

Diesen Dank aber, den Sie ausgesprochen haben, hätte ich nie verdient, wenn ich nicht unterstützt worden wäre von den Herren des Bureaus, von den verehrten Herren Schriftführern und Protokollführern. Und deshalb erlauben Sie mir, daß ich ein gut Theil Ihres Dankes auf diese verehrten Herren übertrage.

Das Wort zur Verkündigung einer kaiserlichen Botschaft hat der Herr Reichskanzler.

Reichskanzler **Fürst zu Hohenlohe:** Ich habe dem Hause eine kaiserliche Botschaft mitzutheilen. (Die Anwesenden erheben sich. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) Die Botschaft lautet:

„Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c. thun kund und geben hiermit zu wissen, daß wir Unseren Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe ermächtigt haben, gemäß Artikel 12 der Verfassung die gegenwärtige Sitzung des Reichstags in Unserm und der Verbündeten Regierungen Namen zu schließen.

Urkundlich mit Unserer höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insigel.

Gegeben Neues Palais, am 6. Juni 1900.

gez. Wilhelm

gegengez. Fürst zu Hohenlohe."

Auf Grund der mir ertheilten Ermächtigung erkläre ich im Namen der Verbündeten Regierungen den Reichtag für geschlossen.

Präsident Graf **Ballestrem:** Wir aber, meine Herren, trennen uns wie immer unter dem Rufe der Treue und Liebe und Ergebenheit gegen das erhabene Reichsoberhaupt, und rufen aus: S. Maj. der Deutsche Kaiser, König Wilhelm II. von Preußen lebe hoch! (Die Anwesenden stimmen dazu dreimal lebhaft in den Ruf ein.) Ich schließe die Sitzung.

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlicher Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H. in Karlsruhe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg